

Rudolph, Hedwig

Article — Digitized Version

Brot und Rosen zu DM-Preisen? Frauenarbeit im wirtschaftlichen Umbruch

Frauenforschung: Informationsdienst des Forschungsinstituts Frau und Gesellschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rudolph, Hedwig (1990) : Brot und Rosen zu DM-Preisen? Frauenarbeit im wirtschaftlichen Umbruch, Frauenforschung: Informationsdienst des Forschungsinstituts Frau und Gesellschaft, ISSN 0724-3626, Kleine, Bielefeld, Vol. 8, Iss. 4, pp. 1-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122795>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Hedwig Rudolph

Brot und Rosen zu DM-Preisen? Frauenarbeit im wirtschaftlichen Umbruch¹

● Der Prozeß der politischen und ökonomischen Vereinigung beider deutscher Länder weckt große Hoffnungen, ist aber auch von einer Vielzahl von Ängsten begleitet. Nicht zufällig sind es die Frauen und insbesondere die in den neuen Bundesländern, die der Zukunft mit äußerst gemischten Gefühlen entgegensehen, sind doch ihre Lebensperspektiven, insbesondere ihre Chancen am Arbeitsmarkt, ungewiß. Aspekte der Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit haben jedoch in den politischen und wissenschaftlichen Diskussionen im Kontext der Vereinigung allenfalls eine randständige Rolle gespielt. Im Einigungsvertrag wurde die Frauenfrage nur in Form eines Regelungsauftrages an den Gesetzgeber thematisiert. Inzwischen ist entschieden, daß der institutionelle Rahmen in den neuen Bundesländern ein Klon der alten Bundesrepublik ist; nur für den § 218 wurde die endgültige Regelung aufgeschoben.

Die Ausblendung der besonderen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen überrascht um so mehr, als Frauen in der ehemaligen DDR fast die Hälfte aller Arbeitskräfte stellten und dies durch ein Netz gesetzlicher, finanzieller und materieller Bedingungen abgedeckt war. Ein Blick zurück auf die Energien und Instrumente, die diese Entwicklung getragen haben, kann Hinweise darauf liefern, wie nachhaltig (oder oberflächlich) die frühere politische Praxis das Geschlechterverhältnis zugunsten von Frauen verändert hat. Die Analyse ist von einem zweifachen Erkenntnisinteresse geleitet. Geklärt werden soll das Wechselverhältnis von Mustern weiblicher Lebensentwürfe und politisch-ökonomischen "Systembedingungen". In Frage stehen darüber hinaus aber auch die Bedingungen für Frauenpolitik jenseits ihrer Instrumentalisierung für Wirtschafts- oder Bevölkerungspolitik. Kurzfristig wird die Sicherung von quantitativ ausreichenden und qualitativ angemessenen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen angesichts der Umbrüche beim Übergang zu marktwirtschaftlicher Steuerung vordringlich sein. Grundsätzlicher aber könnten aus diesen Erfahrungen eines "sozialen Erdbebens" Einsichten für frauenpolitische Neuorientierungen gewonnen werden.

●

Der Arbeitsmarkt brauchte die Frauen

Die Statistiken weisen Besonderheiten der Frauenbeschäftigung in der ehemaligen DDR aus sowohl im internationalen Vergleich, aber auch im Verhältnis zur bundesrepublikanischen Situation. Auf drei Aspekte wird in Selbstdarstellungen und Kommentaren immer wieder verwiesen:

- Die extrem hohe Frauenerwerbsquote von – je nach Definition – 80 bis 90 Prozent,
- das eindrucksvolle Qualifikationsniveau, dokumentiert in den Ausbildungsabschlüssen sowie
- die Erweiterung des Berufs- und Tätigkeitsspektrums von Frauen, d.h. ihr verstärkter Zugang zu bislang untypischen Berufen und Positionen.

Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt erfolgte in der ehemaligen DDR rasch und kontinuierlich. Die weibliche Erwerbsquote, die bei Gründung der Republik 1949 etwa 40 Prozent betragen hatte, erhöhte sich bis Anfang der 80er Jahre; bereits seit 1975 stellen die Frauen die Hälfte aller Erwerbstätigen. Demgegenüber verlief der Zugang bundesrepublikanischer Frauen zu außerhäuslicher Arbeit weniger stetig und insgesamt weitaus zögerlicher. Derzeit sind nur etwas mehr als die Hälfte (55 Prozent) aller Frauen zwischen 15 und 65 Jahren berufstätig; ihr Anteil an allen Erwerbstätigen stagniert bei 40 Prozent.

Hinsichtlich der Verteilung der Frauenbeschäftigung nach Wirtschaftsbereichen liegen in beiden Ländern Schwerpunkte bei Industrie und produzierendem Handwerk einerseits sowie den Dienstleistungsbereichen (außer Handel) andererseits, die zusammen etwa sieben von zehn Frauen beschäftigen (Tabelle 1). Jenseits dieser pauschalen Gemeinsamkeit zeigen sich strukturelle Differenzen. Während im Osten das Gewicht beider Bereiche hinsichtlich Frauenbeschäftigung in etwa ausgeglichen war, ist es im Westen 1:2. Dies ist in zwei Richtungen interpretierbar: Von der fortgeschritteneren Modernisierung der bundesrepublikanischen Wirtschaft (im Sinne einer Tertiärisierung) haben die Frauen erwartungsgemäß profitiert. Andererseits sind sie aber auch strikter auf traditionelle Fraueneinsatzbereiche verwiesen.

Tabelle 1: Frauenerwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in der ehemaligen DDR und in der alten BRD 1988

Wirtschaftsbereich	ehemalige DDR				alte BRD			
	Summe	Frauen			Summe	Frauen		
	(1.000)	(1.000)	v.H.	Besch. Verteilung	(1.000)	(1.000)	v.H.	Besch. Verteilung
Insgesamt	8.594	4.204	48,9	100,0	27.366	10.607	38,8	100,0
Industrie und produz. Handwerk	3.483	1.418	40,7	33,7	9.371	2.505	26,7	23,6
Bauwirtschaft	266	96	17,0	2,3	1.872	193	10,3	1,8
Land- und Forstwirtschaft	928	350	37,7	8,3	1.155	517	44,8	4,0
Verkehr-, Post- u. Fernmeldewesen	636	224	35,2	5,3	1.556	367	23,6	3,4
Handel	883	636	72,0	15,1	3.330	1.873	56,2	17,6
Kreditinstitute u. Versicherungen, Dienstleistungsunternehmen, Organisationen ohne Erwerbszweck u. priv. Haush., Gebietskörpersch. u. Sozialversicherung	2.098	1.480	70,5	35,2	10.082	5.152	51,1	48,6

Der Schluß von den aktuellen Frauenbeschäftigungsbereichen in den alten Bundesländern auf chancenreiche Einsatzfelder für Frauen nach den Anpassungsprozessen im Gebiet der ehemaligen DDR ist nicht umstandslos möglich. Es gibt jedenfalls Hinweise darauf, daß der Zugang von Frauen beispielsweise zu den attraktiven Jobs in den sekundären Dienstleistungen an ein insgesamt kräftiges Beschäftigungswachstum gebunden ist. Die Verteilung von Arbeitsplätzen auf Frauen und Männer ist – in Markt- wie Planwirtschaft – eine Arena des Geschlechterkonflikts.

● (Berufs-)Bildungspolitik als Gesellschaftspolitik

In beiden deutschen Staaten wurde nachhaltig in Bildung investiert. Dabei nutzten die ehemalige DDR von Anfang an, die alte BRD spätestens seit Mitte der 60er Jahre die Bildungspolitik als Instrument der gesellschaftlichen Transformation bzw. Modernisierung. Das Strukturbild der Ausbildungsabschlüsse der Erwerbstätigen Ende der 80er Jahre (Tabelle 2) zeigt für die ehemalige DDR nur noch minimale Anteile von formal Unqualifizierten auf. In den alten Bundesländern hat fast ein Drittel der erwerbstätigen Frauen – überwiegend der älteren Jahrgänge – keine Berufsausbildung abgeschlossen.

Tabelle 2: Erwerbstätige in der BRD und der DDR nach Geschlecht und höchstem Berufsbildungsabschluß¹

Höchster Berufsbildungs- abschluß	Männer		Frauen		Insgesamt	
	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR
	in %					
kein Abschluß	18	3	31	6	23	4
Lehre, Berufsfach- schule	58	59	58	60	58	59
Fachschule, Meister Fachhochschule	16	24	5	26	12	23
Hochschule	8	11	6	7	7	9
Anderes	–	3	–	1	–	5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

1) ohne Auszubildende

Quelle: IAB-Kurzbericht VII/3 vom 7.11.1990

Für die Umschichtung der Beschäftigungsstruktur bietet das traditionsreiche deutsche **Berufsausbildungssystem** eine gute institutionelle "Brücke". Während in der alten BRD das betriebliche Angebot an Ausbildungsplätzen Umfang und Struktur des beruflichen Nachwuchses wesentlich bestimmte, bestanden in der ehemaligen DDR Steuerungsmöglichkeiten über Planvorgaben. Im Ergebnis war jedoch in beiden Territorien das Berufsspektrum der Frauen enger als das der Männer

(etwa gemessen an den Anteilen der weiblichen bzw. männlichen Jugendlichen, die auf die 10 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe entfielen).

In der ehemaligen DDR wurden im Rahmen der sogenannten Bilanzierung von Lehrstellen Ausbildungsplätze für Frauen schwerpunktmäßig in den Bereichen ausgewiesen, die traditionell hohe weibliche Beschäftigtenanteile hatten (Nickel 1990:12). Frauen waren stark überrepräsentiert im Textil- und Bekleidungssektor, im Ledergewerbe und in der Chemie, aber auch im Handel sowie in sonstigen Dienstleistungen. Von den 10 am stärksten mit Frauen besetzten Ausbildungsberufen, die zusammen mehr als die Hälfte der weiblichen Lehrlinge umfaßten, waren sechs fast reine Frauenomänen, in denen ihr Anteil über 95 Prozent lag. Aber es gelang in den neuen Bundesländern auch eine Erweiterung des Zugangs von Frauen zu bislang untypischen Tätigkeitsfeldern. In gewerblich-technischen Berufen beispielsweise erreichte der Frauenanteil Anfang der 70er Jahre ein gutes Drittel (Rathke 1990:70). Frauen wurden zahlreicher, aber offenbar nicht selbstverständlicher im technischen Terrain, denn ab Mitte der 70er Jahre fand eine Trendwende hin zu einer schärferen Abgrenzung von Männer- und Frauenarbeitsbereichen statt.

Der "Frauenreport" beschreibt das Bedingungsgefüge, das geschlechtstypische Berufswahl produziert, folgendermaßen:

- An bestehenden Ungleichgewichten orientierte Lehrstellenplanung,
- verschärft durch betriebliche Unterlaufung der Vorgaben im Interesse der Aufrechterhaltung von Männerdomänen,
- eine Technologiepolitik, die "die schrittweise Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nicht anvisierte",
- Schulabgängerinnen, die "solchen Einsatzmöglichkeiten zum Teil reserviert" gegenüberstehen (Winkler 1990:49f.)

In den alten Bundesländern haben eine Reihe von Modellversuchen zur Erschließung gewerblich-technischer Ausbildungsgänge für Frauen seit Ende der 70er Jahre dort zwar eine Verdreifachung der absoluten Zahlen weiblicher Auszubildender gezeitigt, ihre Anteilswerte liegen jedoch – insbesondere in den zukunftssträchtigen Metall- und Elektroberufen – weiterhin deutlich unter 10 Prozent; zudem blieb der erhoffte "Schneeballeffekt" nach Abschluß der Projekte aus.

Weder in Deutschland-Ost noch -West waren bislang staatliche Bemühungen zu verzeichnen, Grenzüberschreitungen in umgekehrter Richtung zu fördern, d.h. junge Männer zur Wahl sogenannter Frauenberufe zu motivieren. Daß auch in der ehemaligen DDR das soziale Klima für solche männlichen Grenzüberschreitungen nicht günstig war, spiegelt sich in den Planvorgaben und in den weiblichen Berufsbezeichnungen. In der alten BRD haben sich nachwüchsig gewisse "Wanderungen" entwickelt (Rabe-Kleberg 1991).

Eine weitere deutsch-deutsche Gemeinsamkeit ist die *vollzeitschulische Berufsausbildung* als weibliches Refugium. In der ehemaligen DDR waren an den Fachschulen, (einer "Kreuzung" zwischen Berufsfachschulen und Fachoberschulen) siebzig Prozent Frauen. Sie erlernten hier vor allem pädagogische Berufe (von der Kinderpflegerin bis zur Grundschullehrerin) und Heil-Hilfsberufe. In der alten BRD sind die Strukturen ähnlich, wobei nicht alle Vollzeitberufsschulen zu einem anerkannten Ausbildungsabschluß führen.

Auf der *Hochschulebene* wiederholt sich das Thema – mit Variationen: in der Ex-DDR waren seit Anfang der 80er Jahre die Hälfte aller Studierenden weiblich, aber ihre Verteilung nach Studienrichtungen – trotz oder wegen staatlicher Lenkung – stark abweichend von der ihrer männlichen Kommilitonen. Frauen sind weit in der Überzahl in Ökonomie, Erziehungswissenschaft, Literatur und Sprachen; aber auch in Medizin, Mathematik und Naturwissenschaften bilden sie die Mehrheit. Der weibliche Anteil von 27,9 Prozent in den Ingenieurwissenschaften erscheint demgegenüber als

niedrig. Berücksichtigt man jedoch, daß dies der größte Studiensektor der ehemaligen DDR war, so ergibt sich ein anderes Bild: jede fünfte Studentin war hier eingeschrieben, d.h. es war das zweitwichtigste weibliche Studienfeld (nach Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften). Ein Großteil der Ingenieurstudentinnen hatte ursprünglich für ein anderes Studium optiert, wurde aber in ein technisches Fach "umgelenkt", weil es hier regelmäßig weniger InteressentInnen als Studienplätze gab (Gruppe Frauenforschung 1990).

Auch in der alten BRD haben Frauen von der expansiven Hochschulpolitik profitiert, wenn auch ihre Anteile unter den Studierenden bei 40 Prozent stagnieren. Zudem ist im letzten Jahrzehnt Bewegung in die extrem asymmetrische Verteilung nach Disziplinen gekommen dank kräftiger Zuwächse bei Medizin, Jura und Wirtschaftswissenschaften. Demgegenüber liegt der Frauenanteil bei den Studierenden der Ingenieurwissenschaften nur wenig über der zehn-Prozent-Marke, in den sogenannten harten Kernfächern wie Maschinenbau und Elektrotechnik sogar nur bei drei bis fünf Prozent. Und noch eine Gemeinsamkeit: in beiden Ländern zeigte sich die Informatik zugänglicher für Frauen als die traditionellen Ingenieurwissenschaften; in beiden Ländern sind allerdings rückläufige Entwicklungen der Frauenanteile in technischen Ausbildungen und Studiengängen während der letzten Jahre zu konstatieren (Gruppe Frauenforschung 1990:3f.).

● Die Frauenfrage ist keine Bildungsfrage (mehr)

Die Bildungspolitik in der alten BRD zielte erst seit Mitte der 60er Jahre auf die Unterstützung sozialer Modernisierungsprozesse. Von der expansiven Bildungspolitik, d.h. dem regionalen Ausbau und der finanziellen Förderung weiterführender Schulen, profitierten insbesondere Frauen. Bei den jüngeren Altersjahrgängen sind die Bildungsabschlüsse von Frauen und Männern praktisch ausgeglichen.

Im Hinblick auf die ökonomische, aber auch auf die gesellschaftliche Entwicklung setzte die ehemalige DDR stark auf Bildungsinvestitionen. Auch Frauen – so sah es das Arbeitsgesetzbuch ausdrücklich vor – sollten beruflich gefördert und für die Übernahme von Leitungsfunktionen qualifiziert werden. Betriebliche Frauenförderpläne sollten Zielvorgaben ausweisen, in deren Rahmen Frauen zur Weiterbildung delegiert wurden. Kurse des Frauen-Sonderstudiums trugen organisatorisch den Anforderungen einer Verbindung von Beruf, Weiterbildung und Familienaufgaben Rechnung.

Als Ergebnis der beruflichen Förderung von Frauen in der Ex-DDR wird auch auf ihren Anteil von 30 Prozent unter den Führungskräften verwiesen; er liegt damit weitaus höher als in der alten BRD. Allerdings konzentrieren sich die Frauen fast ausschließlich auf die untere und mittlere Ebene. Der Frauenreport urteilt sogar: "In keinem anderen Bereich der Erwerbsarbeit war die soziale Benachteiligung der Frau so groß wie in der Leitungstätigkeit" (Winkler 1990:93).

Offenkundig blieb auch den Frauen in der ehemaligen DDR die (weltweite) Erfahrung nicht erspart, daß sich Bildungsaufwand für sie weniger lohnt als für ihre männlichen Kollegen. Dies gilt nicht nur für die Karriere-Entwicklung, sondern zeigt sich auch in einer Einkommensdifferenz von etwa 25 Prozent zuungunsten der Frauen (Ott u.a. 1990:7). Aufgrund des insgesamt niedrigen Lohnniveaus in der ehemaligen DDR war die Erwerbstätigkeit von Frauen auch haushaltsökonomisch erforderlich. Frauen trugen etwa 40 % zum Familieneinkommen bei, d.h. ihre Berufstätigkeit konnte keineswegs nur als "Zuverdienst" abgetan werden (DIW 19/90:265f.).

Zwar konstatiert der Frauenreport:

"Längst nicht mehr ist Berufstätigkeit für die Mehrheit der Frauen auf finanzielle Motive begrenzt, sondern bedeutet ihnen wesentlich auch Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung: die Realisierung des Bedürfnisses nach Fähigkeitsentwicklung, nach Kommunikation und sozialen Beziehungen sowie nach Allgemeinnutzen und Verantwortung" (Winkler 1990:79).

Dennoch scheint "Allgemeinnutzen" und sozialer Status auch in der DDR wesentlich an der Einkommenshöhe ablesbar gewesen zu sein. Um so gewichtiger ist die Tatsache des eindeutigen Einkommensgefälles zu Lasten der Frauen. Dieses Faktum ist um so bemerkenswerter, weil in der DDR im Gegensatz zur BRD Lohnsätze nicht (überwiegend) anhand von ökonomischen Kriterien am Arbeitsmarkt bestimmt wurden, sondern planmäßig festgelegt wurden und auch der politisch-ökonomischen Lenkung dienten – offenbar jedoch nicht im Dienste der Gleichstellungspolitik. Wie in den westlichen Volkswirtschaften erklären strukturelle Faktoren (geringere Lohnsätze in Frauenbranchen, Unterrepräsentation in Leitungsfunktionen, nicht-qualifikationsgerechter Arbeitseinsatz, weniger Überstunden) nur zum Teil das geringere Einkommen von Frauen. Die Stabilität dieser Strukturen drückt sich beispielsweise darin aus, daß Arbeitsbereiche, in denen die modernsten Maschinen eingesetzt wurden, Frauen – unter dem Vorwand ihrer Unzuverlässigkeit – weitgehend verschlossen blieben. Damit bestätigte sich die These, daß technischer Wandel eher als Trendverstärker denn als Trendbrecher wirkt.

Frauen in den alten Bundesländern müssen sich mit noch ungünstigeren Einkommenspositionen bescheiden. Ihre Löhne und Gehälter erreichen durchschnittlich nur zwei Drittel der Beträge, die an ihre Kollegen überwiesen werden. Selbst nach Berücksichtigung von Berufstätigkeitsdauer, Unterbrechungen, Arbeitsstunden u.ä. bleibt eine signifikante diskriminatorische Lücke (Fiedler/Regenhard 1987).

Frauen in Ost und West machten die Erfahrung, daß ihre Ausbildungsabschlüsse am Arbeitsmarkt nicht gleichermaßen honoriert werden wie die ihrer Kollegen, ja daß qualifizierte Frauenarbeit nicht selten schlechter entlohnt wird als un- oder angelernte Männerarbeit. Beschäftigungsprobleme von Frauen sind keine Qualifikationsfragen - jedenfalls heute nicht mehr. Sie spiegeln ungleiche Machtpositionen im Geschlechterverhältnis. Die gesellschaftliche Zuschreibung der Hausarbeit für Frauen – hüben wie drüben – ist ein weiteres, im wahrsten Sinne traditionelles Element in dieser Auseinandersetzung.

● Mütterpolitik statt Frauenpolitik: Bindungen statt Lösungen

Charakteristikum der ehemaligen DDR war nicht primär die extrem hohe Frauenerwerbsquote; ähnliche Prozentsätze wurden auch in anderen sozialistischen Staaten erreicht. Bemerkenswert war vielmehr die gleichzeitig stabilisierte Mütterquote: neun von zehn Frauen bekamen vor Erreichen des 40. Lebensjahres (mindestens) ein Kind. Die Parallelität von (i.d.R. vollzeitlicher) Berufstätigkeit und Mutterschaft wurde ermöglicht durch ein Netz von gesetzlichen, finanziellen und institutionellen Unterstützungen für Frauen mit Kindern (vgl. auch R. Nave-Herz und V. Penrose in diesem Heft). Sie wurden mehrheitlich Mitte der siebziger Jahre eingeführt als Reaktion auf massive Einbrüche bei den Geburtenzahlen nach Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Zulassung von Kontrazeptiva. Sozialpolitische Regelungen umfaßten beispielsweise (um nur einige im Westen unübliche Momente zu benennen):

- Erziehungsurlaub mit Arbeitsplatzgarantie,
- großzügige Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder,
- flächendeckendes Angebot ganztägiger Kinderbetreuung von Krippe bis Schulhort, wobei nur ein Essenszuschuß zu zahlen war,
- subventionierte Preise für kinderbezogene Güter und Dienstleistungen.

Ungeachtet dieser unterstützenden Maßnahmen war die ehemalige DDR alles andere als ein Paradies für berufstätige Frauen. Auf ihnen lasteten wesentlich die sozialen Kosten der Vereinbarung von Beruf und Familie nicht *obwohl*, sondern *weil* fast alle Regelungen (nur) für Mütter galten. Zwar sah das Familienrecht eine partnerschaftliche Teilung von Aufgaben der Kindererziehung und der Hausarbeit vor (die Weigerung eines Partners wurde als Scheidungsgrund akzeptiert!), aber die Praxis sah anders aus. Dreiviertel der Hausarbeit erledigten die Frauen, was energieraubend war aufgrund der schlechten Versorgungslage bei Lebensmitteln und Haushaltstechnik.

Eine von vier Frauen arbeitete Teilzeit. Diese Quote ist zwar etwas niedriger als in den alten Bundesländern (knapp über 30 Prozent), liegt aber vergleichsweise hoch, wenn man bedenkt, daß Teilzeitarbeit als politisch unerwünscht galt und deshalb eigens begründungsbedürftig war; in manchen Bereichen war sie unmöglich durchzusetzen (Enders 1986:36). Teilzeitarbeit als Ausweichstrategie wurde bevorzugt von Frauen über 35 Jahren gewählt, während jüngere Frauen sich die damit verbundenen Einkommenseinbußen wegen der Haushaltseinrichtung seltener leisten konnten; für Männer – außer Invaliden – war Teilzeitarbeit keine Option. Offenkundig sahen Männer aber ohnehin wenig Anlaß, ihr primär auf den Beruf bezogenes Lebensmuster zu verändern: privat sicherte die traditionelle Arbeitsteilung ihre Bequemlichkeit, und beruflich profitierten sie von den durch Familienaufgaben gebremsten Aufstiegsenergien ihrer Kolleginnen.

Die Vereinbarkeitsproblematik warf bereits lange Schatten voraus auf die Berufswahl und begünstigte konservative Entscheidungen. Darüber hinaus wechselten Mütter mit Kleinkindern nicht selten aus gewerblich-technischen Tätigkeiten in sogenannte Frauenberufe. Sie nahmen unterqualifizierten Arbeitseinsatz und Lohneinbußen in Kauf im Interesse günstigerer Arbeitszeiten (kein Schichtdienst) und in Erwartung verständnisvollerer Kolleginnen. Auch in der ehemaligen DDR bestätigte sich damit die These, daß Frauen diskriminiert werden, weil sie Mütter sind, waren oder sein könnten. Der Frauenreport konstatiert beispielsweise:

"Tatsächlich liegt zwar die durchschnittliche Ausfallzeit 20- bis 30jähriger Frauen mit 2 und mehr Kindern sowie aufgrund eigener Krankheit nicht wesentlich über der durchschnittlichen Ausfallzeit älterer berufstätiger Frauen und Männer, dennoch gelten berufstätige Mütter mit kleinen Kindern im allgemeinen von vornherein als wenig leistungsfähig und wurden in den Betrieben nicht selten als "ökonomischer Risikofaktor" betrachtet" (Winkler 1990:82).

Die in der ehemaligen DDR praktizierten Vereinbarkeitsmuster wirkten auch auf anderer Ebene als Stabilisierung eines traditionellen Geschlechterverhältnisses: Die nachwachsende Generation begegnete zu Hause wie in außerfamiliären Einrichtungen nur Frauen als unbezahlte oder bezahlte Verantwortliche für Haushalt und Kindererziehung. Jugendliche hatten selten die Chance, überzeugende weibliche Rollenmodelle zu erleben, d.h. emanzipierte Frauen, die nicht durch Beruf und Familie überlastet waren – mangels ähnlich emanzipierter Partner. Die hohe Scheidungsquote (36,2 Prozent) und die steigende Zahl unehelich Geborener (etwa ein Drittel) können als Formen der Auseinandersetzung von Frauen mit diesen Zumutungen interpretiert werden. Die Aufkündigung traditioneller Familienbande war allerdings nicht begleitet vom Entwurf zukunftsweisender Partnerbeziehungen oder (allgemeiner) neuer Lebensmuster. In der Regel folgten erneute Eheschließung(en) oder "eheähnliche Gemeinschaften" (zumal es keine steuerrechtlichen Privilegien für Verheiratete gab). Erschöpft durch alltägliche Balance-Akte, vereinnahmt von dem öffentlichen

Loblied auf "unsere tüchtigen jungen Muttis", fehlte den Frauen offenbar die Wut oder aber der Mut zum konstruktiven Widerstand. Sie praktizierten – und auch das hat Tradition – Formen des Arrangements mit den Verhältnissen, die ihre eigenen Lebensgewinnungschancen kaum erweiterten.

● Irritationen des männlichen Selbstbewußtseins: ein Un-Thema

Aus den Stärken, die Frauen durch ihre doppelten Leistungen zu Hause und im Beruf unter Beweis stellten, konnten sie offenbar kaum politisches Kapital schlagen. Jenseits wohlfeiler Programmatiken gibt es auch in der ehemaligen DDR keine Anhaltspunkte dafür, daß die gesellschaftliche Nachrangigkeit des Weiblichen der Vergangenheit angehörte. Die unverändert krassen Unterschiede in der Bezahlung sog. Frauenarbeit gegenüber sog. Männerarbeit sind dafür ein gewichtiges Indiz. Andererseits war im gesellschaftlichen Durchschnitt die Einkommensdifferenz der Frauen in der ehemaligen DDR nicht hinreichend groß, um Männern die einfachste Form der Bestätigung ihrer Männlichkeit zu sichern, nämlich als alleiniger oder doch hauptsächlicher Familienernährer.

Für die These, daß das männliche Selbstbewußtsein in den neuen Bundesländern brüchig war, könnten die vielfältigen Unterlaufungen des Gleichberechtigungspostulats angeführt werden, insbesondere die Marginalisierung von Frauen in wichtigen politischen Ämtern sowie die ausgeprägte horizontale und vertikale Spaltung des Arbeitsmarktes in Frauen- und Männerbereiche. Aus dieser Perspektive könnten die gesetzlichen Vorgaben zur betrieblichen Frauenförderung als politisches Widerlager gedeutet werden gegen ein Übermaß beruflicher Durchsetzungsenergien von Männern, soweit sie gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv sein könnten. Die Motive für die politische Kriminalisierung feministischer Ansätze wären – folgte man dieser Argumentation – nicht nur in der Ahndung einer Provokation gegenüber der als realisiert unterstellten Gleichberechtigung zu suchen, sondern auch im Schutz des labilisierten sozialen Symbolsystems von Männlichkeit vor weiteren Irritationen.

Wenn und soweit die skizzierte Vermutung vom brüchigen Selbstbewußtsein von Männern in den neuen Bundesländern zutrifft, wäre das in Zukunft bei den arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen, aber auch insgesamt beim frauenpolitischen Instrumentarium zu berücksichtigen, die den Turbulenzen der wirtschaftlichen Neuorientierung gegensteuern sollen. Die Auseinandersetzungen um die knappen Arbeitsplätze erfahren vermutlich eine Verschärfung, soweit ökonomische Zwänge überlagert werden mit (unreflektierten) sozialen Motiven: männliche Selbstbestätigung durch rigorose berufliche Landnahme gegenüber Frauen, gedeckt durch Berufung auf angebliche Marktgesetze. Gibt es Anhaltspunkte dafür, daß dies nicht nur Spekulationen sind? Wo und mit welchen Politiken ließen sich die Bedürfnisse und Interessen von Frauen bezogen auf Ausbildung und Erwerbsarbeit schützen und ihre Chancen zukunftsbezogen erweitern?

● Politische Einigung – ökonomische Ausgrenzungen

Die beschäftigungspolitischen Auswirkungen des Wechsels von einer Planwirtschaft zur Marktsteuerung sind bislang zumindest teilweise durch gesetzliche, finanzielle und institutionelle Übergangsregelungen abgedeckt. Dennoch lassen sich bereits jetzt kritische Punkte für die beruflichen Perspektiven von Frauen markieren. Es sind im wesentlichen zwei Ursachenbündel, die sich für Frauenbeschäftigung problematisch auswirken dürften: Zum einen die Konzentration weiblicher Arbeitskräfte in Bereichen mit vorhersehbar hohem "Anpassungsbedarf", d.h. erheblichen Zahlen von Entlassungen, zum anderen die erkennbare Bevorzugung von Männern bei Ausbildung, Einstellung, Weiterbildung u.ä. durch Personalleiter bzw. Manager.

Bezogen auf Wirtschaftszweige sind Beschäftigungsprobleme von Frauen absehbar in der Landwirtschaft, der Elektroindustrie sowie der Leichtindustrie, weil diese Sektoren unter Wettbewerbsbedingungen erheblich schrumpfen werden. Aber auch der Handel, Industrieverwaltungen sowie öffentliche Dienste – alles traditionelle Frauendomänen – werden als eindeutig überbesetzt eingeschätzt (Ochs 1990:292). Wirtschaftszweige mit guten Stabilisierungs- oder gar Wachstumsaussichten wie Maschinenbau, Verkehr und Bau sind dagegen ausgesprochene Männerbranchen.

Die größten Wachstumchancen werden übereinstimmend dem Dienstleistungssektor zugesprochen, einem bisher ausgeprägten Frauenarbeitsbereich. Einige Dienstleistungen wie private Banken und Versicherungen existieren bislang nicht, andere – beispielsweise Rechts- und Steuerberatung – müssen grundlegend neustrukturiert und erweitert werden. Im Banken- und Versicherungssektor der alten Bundesländer haben Frauen seit den 70er Jahren Terrain gewonnen, auch in den höheren Positionen. Ob es den Frauen der ehemaligen DDR gelingen wird, sich in der Konkurrenz mit Männern um diese qualifizierten, gut bezahlten und relativ sicheren Arbeitsplätze zu behaupten, hängt von der Zugänglichkeit ähnlich attraktiver Alternativen für Männer ab, nicht von den Fähigkeiten der Frauen.

Berufliche Qualifikation – darauf wurde oben bereits verwiesen – können Frauen in ähnlichem Umfang vorweisen wie ihre Kollegen. Soweit kritische Anmerkungen zur Qualität der mit den Zeugnissen und Titeln in den neuen Bundesländern attestierten Fähigkeiten berechtigt sein sollten, würde dies für beide Geschlechter gleichermaßen zutreffen. Formale Qualifikationen sind deshalb als Selektionskriterien nicht griffig. Entscheidungen über Weiterbeschäftigung, Neueinstellungen, Umschulung, Weiterbildung usw. werden sich an anderen Momenten orientieren (müssen). Wo Logik versagt, wissen Stereotype wohlfeilen Rat, beispielsweise die Behauptung der beruflichen Unzuverlässigkeit von Müttern. Sie widerspricht zwar der Empirie (siehe oben), aber die Wirksamkeit von Vorurteilen ist nun einmal nicht an ihren Wahrheitsgehalt gebunden.

Nimmt man die Entwicklung seit der Währungsunion Mitte 1990 als Prognosebasis, so sieht die berufliche Zukunft von Frauen in den neuen Bundesländern düster aus. Frauen – bislang die Hälfte aller Erwerbstätigen – sind überproportional betroffen von Arbeitslosigkeit, aber nicht einmal jede fünfte Neueinstellung entfällt auf eine Frau. Alleinerziehende Mütter und Frauen ab dem mittleren Alter gehörten – fast könnte man sagen: "natürlich" – zu den ersten Opfern der wirtschaftlich bedingten Entlassungswelle. Sie sehen längerfristiger Arbeitslosigkeit entgegen, zumal wenn sie in monostrukturierten Gebieten wohnen, die aufgrund der i.d.R. eingeschränkten regionalen Mobilität von Frauen für sie Bezugsbasis bleiben. Regionale Mobilität hat sich in aller Regel eher als Ausweg für männliche Arbeitskräfte erwiesen.

Daß Frauen zur Weiterbildung hoch motiviert und an den über die neue Arbeitsverwaltung finanzierten beruflichen Bildungsprogrammen proportional beteiligt sind, ist ein schwacher Trost. Zum einen sind die Zahl und der Umfang dieser Angebote bislang minimal, zum anderen stehen mittelfristige Entwicklungskonzepte für regionale Strukturpolitik noch aus. Die berufliche Verwertung von Fortbildungs- und Umschulungsprogrammen hängt somit in der Luft.

● Da capo: Qualifikation als soziales Konstrukt

Ohnehin liegt es weitgehend im Ermessen der Beschäftiger, welche "Qualifikationen" – alte, aber auch neue – sie anerkennen und wie sie sie in Form von Arbeitseinsatzbedingungen und insbesondere Entlohnung honorieren. Auch und gerade unter Marktbedingungen werden die entsprechenden Verfahren und Kriterien nicht geschlechtsblind sein. Insbesondere die große Zahl von Fachschulabsolventinnen, deren Abschlüsse nicht durchgängig mit denen in den alten Bundesländern kompatibel sind, riskiert berufliche Degradierung. Ähnliches droht unzähligen Akademikerinnen, vor allem aus sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen, bei der Überprüfung und "Abwicklung" von Forschungsinstitutionen: weniger in alte Netzwerke integriert, haben sie die schlechteren Karten – und keine qualifikationsgerechten Beschäftigungsalternativen in Sicht.

Auch in der beruflichen Erstausbildung, den Startpositionen für Karrieren, wird sich die Geschlechterkonkurrenz mit Sicherheit verstärken. Der Ausbildungsnot im Herbst 1990 aufgrund von Firmenpleiten, Aufkündigungen von Lehrlingsverträgen bzw. Widerruf der Zusage von Ausbildungsverträgen konnte durch konzertierte öffentliche und privatwirtschaftliche Aktionen gegengesteuert werden. Offen ist aber, wieweit Betriebe trotz der anhaltend krisenhaften Situation weitsichtig genug sind, in Berufsbildung zu investieren – und gar für Frauen. Betriebliche Ausbildung als Form der Gewinnung und Sozialisierung des Nachwuchses für im wesentlichen anforderungsarme Arbeitsplätze dürfte unter Wettbewerbsbedingungen – jedenfalls gegenüber der bisherigen Praxis vor allem in den Leichtindustrien – deutlich an Gewicht verlieren. Die Geltung des Nachtarbeitsverbots für Arbeiterinnen ab 1993 auch in den neuen Bundesländern bedeutet das Aus für Frauen in zahlreichen gewerblich-technischen Ausbildungsgängen. Demgegenüber ist mit vermehrtem Interesse junger Männer an kaufmännischen Ausbildungen zu rechnen – und damit verstärktem Wettbewerb.

Die infrastrukturelle Basis der Berufsbildung ist bereits jetzt akut gefährdet: mit der Schließung von Unternehmen werden – wenn nicht eingegriffen wird – auch die Lehrwerkstätten "abgewickelt". Zusätzlich tendieren Betriebe dazu, im Interesse kurzfristiger Rentabilität Ausbildungskapazitäten ganz oder teilweise stillzulegen. Das Fehlen von Markierungspunkten für mittelfristige Strukturentwicklung ist keine Rechtfertigung für Untätigkeit. Werkstätten sind langwierig und kostspielig (wieder-)aufzubauen, und ein Mangel an Ausbildungsplätzen trifft erfahrungsgemäß junge Frauen stärker als ihre männlichen Altersgenossen. Die Zugangsbedingungen zur beruflichen Erstausbildung sind wichtige Markierungen nicht nur für die individuellen beruflichen Chancen, sondern auch für die Entwicklungsperspektiven von Berufen und Berufsfeldern selbst. Politische Einflußnahme an dieser Schnittstelle von Schule und Beruf zur Sicherung der Perspektiven auch von Frauen ist vordringlich.

● Frauenpolitik: mehr als Arbeitsmarktpolitik!

Wollten die politischen Entscheidungsträger ihren Gestaltungsauftrag im Hinblick auf berufliche Qualifizierung und Beschäftigung einlösen, so liegt das eigene "Haus" am nächsten und bietet die umfassendsten Ansatzpunkte. Im öffentlichen Dienst und bei den nachgeordneten Behörden wäre die geschlechtsbezogene Quotierung bei Berufsausbildung, Einstellungen, Weiterbeschäftigung, Umschulung, Fortbildung, Entlassungen, vorgezogenem Altersruhegeld u.ä. die einfachste und zugleich nachhaltigste Lösung im Interesse von Frauen. Bezogen auf die privatwirtschaftlichen Beschäftigten erscheinen Kombinationen von Aufklärung, Diskriminationsverbot und Belohnung positiver Aktionen angezeigt; Quotierung wird vermutlich auch hier unvermeidlich sein, will man den beruflichen Emanzipationsprozeß über Schnecken tempo beschleunigen.

Umschulungs- und Fortbildungsprogramme nach dem Arbeitsförderungsgesetz könnten und sollten für die Verbesserungen der Beschäftigungsperspektiven von Frauen eingesetzt werden. Die Bewilligung der Mittel wäre an Quoten für die Teilnahme von Frauen besonders in perspektivreichen Aus- und Weiterbildungsbereichen zu binden. Allerdings liegt die strukturelle Grenze dieses Instrumentariums darin, daß es auf individuelle Arbeitsmarktrisiken abgestellt ist und auf Qualifikationsverbesserungen setzt. Der Umbruch der gesamten Wirtschaft der ehemaligen DDR hat andere Dimensionen. Erforderlich ist nicht primär der Ausgleich von Qualifikationsdefiziten, sondern die Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen. Gerade in monostrukturierten Gebieten (beispielsweise in den Landwirtschaftsregionen) haben Frauen nur eine Beschäftigungschance, wenn sich neue Betriebe ansiedeln bzw. wenn sie sich selbst Arbeitsplätze schaffen. Eine Verbindung von regionaler Strukturpolitik und Frauenförderung tut not; Beispiele dafür wurden in Schweden erfolgreich praktiziert. Auch für die Förderung von Frauen, die sich selbständig machen wollen, gibt es ermutigende Modelle (Morokvasic 1990).

Die Umsetzung dieser oder ähnlicher Forderungen, die "im Westen" frauenpolitisch inzwischen Gemeinplätze sind, hat dem besonderen Erfahrungshintergrund der Menschen in den neuen Bundesländern Rechnung zu tragen. Nach vier Jahrzehnten Plan nun die Wiederholung unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen? Daß die Betriebe und die Männer nicht eben begeistert reagieren werden, dürfte kaum überraschen. Aber werden die Frauen selbst überhaupt dafür zu gewinnen sein, sich für ihren Zugang zur Erwerbsarbeit zu engagieren? Frauenforscherinnen in den neuen Bundesländern mutmaßen, daß es für nicht wenige Frauen nach der "Plackerei" der Vergangenheit attraktiver sein könnte, für eine Weile (wie sie meinen) sich auf die Familien- und Hausarbeit zu beschränken oder wenigstens Teilzeitarbeit zu suchen. Ernsthaft erwägen können die Übernahme dieses westdeutschen frauenpolitischen Beschwichtigungsprogramms mit dem Etikett "Wahlfreiheit" vermutlich nur wenige Frauen aus der ehemaligen DDR, weil der Familienunterhalt mit nur einem Einkommen nicht gesichert ist; für die große Zahl alleinerziehender Mütter entfällt diese Option ohnehin.

Die Erfahrungen der Frauen in den neuen Bundesländern verdeutlichen die sozialen Kosten von Konzepten, die – bei Priorität ökonomischer Ziele – Frauenpolitik als Versatzstück bei wirtschaftlichen und/oder bevölkerungspolitischen Mangelsituationen benutzen. Der Mann mit seiner (unterstellten) primären Orientierung auf Erwerbsarbeit bleibt die Norm, an die auch weibliche Lebensmuster angepaßt werden sollen. Konzessionen an Fraueninteressen werden zugestanden – das belegten die pro-natalistischen Programme seit den 70er Jahren –, wenn dem Staat die Kinder auszugehen drohen.

Die Einbindung der Frauen in die private und öffentliche Mangelwirtschaft, der alltägliche Druck zum Funktionieren mögen den Frauen den Blick verstellt haben auf die Notwendigkeit eigenständiger Orientierungen. Der Satz "Die Männer werden sich verändern, wenn die Frauen sich verändern" gilt doch allenfalls unter der Maßgabe, daß diese Veränderung mehr und anderes beinhalten als die "Emanzipation am Mann entlang". Frauenpolitische Optionen, die sich an diesem Anspruch orientieren, sind aber auch in den alten Bundesländern noch entwicklungsbedürftig. Das frauenpolitische "Erbe" der ehemaligen DDR lehrt Vorbehalte gegen Angebote von "Chancengleichheit" und fordert Gesellschaftspolitiken ein, die die soziale Produktivität von Aktivitäten jenseits von Lohnarbeit respektieren und angemessen honorieren. Frauen brauchen Brot *und* Rosen, aber der Weg ist beschwerlich: die DM ist eine "harte" Währung.

Literatur

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.).** 1990. Erwerbstätigkeit und Einkommen von Frauen in der DDR. Wochenbericht Nr. 19 (zitiert als: DIW).
- Enders, Ulrike.** 1986. Kinder, Küche, Kombinat. Frauen in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 6-7.
- Fiedler, Angela und Ulla Regenhard.** 1987. Das Arbeitseinkommen der Frauen. Analysen zur Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Berlin.
- Gruppe Frauenforschung am Zentralinstitut für Hochschulbildung.** 1990. Wozu Forschungen über Frauen im Hochschulwesen? Manuskript. Berlin.
- IAB-Kurzbericht VII/3** vom 7.11.1990.
- Morokvasic, Mirjana.** 1990. European Trends in Ethnic Business. In: Waldinger/Aldrich/Ward et al.: Ethnic Entrepreneurs. Newbury Park/London/New Delhi.
- Nickel, Hildegard Maria.** 1990. Geschlechtertrennung durch Arbeitsteilung. In: Feministische Studien, 8, Nr. 1.
- Ochs, Christiane.** 1990. Nicht alles was die Partei der Frau zusammenbraute, gehört gleich in den Gully der Vereinigung. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 5.
- Ott, Notburga u.a.** 1990. Kindererziehung und Erwerbsarbeit. Marktwirtschaftliche Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit in Deutschland. DIW discussion paper Nr. 7.
- Rabe-Kleberg, Ursula.** 1991. Männer in Frauenberufen – Oder: Strukturveränderungen in Frauenberufen und das sog. "weibliche Arbeitsvermögen". In: Frauenforschung. Informationsdienst des Forschungsinstituts Frau und Gesellschaft 1 + 2.
- Rathke, Heidrun.** 1990. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Persönlichkeitsentwicklung der Frau. In: Wirtschaftswissenschaft, 38, Nr. 1.
- Winkler, Gunnar (Hrsg.).** 1990. Frauenreport '90. Berlin.

1 Für Anmerkungen und Ergänzungen zu einer früheren Version dieses Beitrages bedanke ich mich bei Sabine Hübner.